

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Karl Homann.

Berlin, Dienstag, den 9. Oktober 1894.

## Vom nationalliberalen Delegirten-tag.

In Frankfurt a. M. ist vor wenigen Tagen ein Delegirten-tag der nationalliberalen Partei abgehalten worden, der sich mit den wichtigsten Tagesfragen beschäftigt hat. Das Ergebnis des Delegirten-tages war eine Anzahl von Resolutionen, in denen sich die Parteistellung kennzeichnet. So wurde beschlossen, für die Erhaltung eines gesunden und kräftigen Mittelstandes als einer der wichtigsten Vorbedingungen für die gesicherte, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Ordnung im Reiche einzutreten, und es wurde zu dem Zweck beschlossen, alle Maßregeln zum Schutz der Landwirtschaft, sowie zur Erhaltung eines tüchtigen Handwerkerstandes nachdrücklich zu unterstützen. Dann wurde eine Vereinfachung in der Organisation der Arbeiterversicherung als erstrebenswerth hingestellt und der Forderung Ausdruck gegeben, den mannigfaltigen Arten des unlauteren Geschäftsgebahrens scharf entgegenzutreten. Ferner wurde einer zielbewußten Kolonialpolitik der Regierung die Unterstützung der Partei zugesagt und insbesondere auch die Bereitwilligkeit erklärt, die hierzu erforderlichen Mittel bis zur Erhaltung der Kolonien durch eigene Kraft zu bewilligen. Hervorzuheben ist weiter noch die Forderung, den national-polnischen Bestrebungen energisch entgegenzutreten.

Am wichtigsten aber ist der Beschluß, den der Delegirten-tag seiner Bedeutung entsprechend auch an die erste Stelle gesetzt hat, betreffend die Bekämpfung der umstürzlerischen Bestrebungen. „Gegenüber der bedrohlich wachsenden Gefahr der Unterwühlung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung,“ heißt es in dieser Resolution, „hat die nationalliberale Partei niemals einen Zweifel gelassen, daß sie es bei der Abwehr der Umsturzbestrebungen an sich nicht fehlen lassen werde. Aus besten Kräften hat sie mitgewirkt, den berechtigten Forderungen der minder begüterten Klassen in sachgemäßer Weise gerecht zu werden. Dazu sind wir auch ferner bereit. Ebenso entschlossen sind wir, das Nothwendige zu thun, um die Grundlagen unserer nationalen, staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu schützen.“ Zur Begründung dieser Resolution ergriff der Reichstagsabgeordnete Dr. Bötticher das Wort zu einer bemerkenswerthen Rede, in der er u. A. ausführte, schon im Frühjahr hätten sich im Auslande Erscheinungen gezeigt, die auf die Frage hinwiesen, ob eine wirksame Abwehr gegen die Gefahr des Umsturzes vorhanden sei. Weil diese Frage eine internationale sei, so sei es die Pflicht eines jeden denkenden Mannes in jedem Lande, zuzusehen, wie es in dieser Beziehung bei uns stehe. Als in Deutschland in den siebziger Jahren die Frage an uns herantrat, ob nicht eine Abwehr gegen die Umsturzgefahr geschaffen werden müsse, war es andererseits auch nothwendig, Maßregeln zu treffen zur positiven Förderung der minder bemittelten Klassen. Die nationalliberale Partei sei mit ganzer Kraft eingetreten für die soziale Gesetzgebung, durch die sich denn auch die Lage jener Klassen in einer Weise gebessert habe, wie in keinem andern Staate der Welt. Dem Sozialistengesetze habe die nationalliberale Partei seiner Zeit aus guten Gründen und einmüthig zugestimmt. Seit dem Jahre 1890 sei man nun ohne diesen Schutz geblieben, und der Gedanke habe weite Kreise ergriffen, daß Ersatz gesucht werden müsse. Man spreche vom Kampfe mit geistigen Waffen. Diese seien allerdings nicht zu entbehren, denn wenn die Gesellschaft ihren Standpunkt nicht mehr mit geistigen Waffen vertreten könne, stände es sehr schlimm um sie. Aber geistige Waffen seien doch nur zu brauchen gegen dafür Empfängliche. Die Massen, die nur den Appell an ihr eigenes Interesse hören wollen, seien stumpf gegen alle geistigen Waffen und nur denen zugänglich, die ihnen die Trugbilder des Zukunftsstaates vorgaukeln. Die Gefahr des Umsturzes habe in den letzten Jahren bedeutend zugenommen. Außerlich sei das allerdings nicht in Erscheinung getreten, da die Führer im Interesse der Sache sowohl wie ihrer Person vorsichtiger geworden seien,

denn diese Führer hätten sich zu Bourgeois entwickelt, die so angenehm leben, wie sie es in ihrem Zukunftsstaat nie thun könnten. Aber wie die Organisation fortgesetzt und die Massen erregt und aufgereizt würden, das sei nicht zu unterschätzen. Die Frage, ob die Vorstellungen eines Caserio nicht die nothwendige Konsequenz der Verhetzung der Sozialdemokraten seien, wagten die Führer derselben nicht zu verneinen, sie könnten die Caserios nicht vollständig von ihren Hochschözen abschütteln. Sie zögen zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie nur eine Scheidewand von doktrinarischen Theorien, indem sie sagen, der anarchistische Zukunftsstaat sei ganz entgegengesetzt dem sozialistischen. Was aber die Herren in Zukunft machen wollten, könne uns ganz gleich sein. Heute wollten sie unsern Staat zerstören. Und mit dieser Absicht müsse sich die bürgerliche Gesellschaft abfinden. Der Ausruf des Kaisers zum Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung sei ein ernstester Weckruf für jeden, der ein Herz für unsere Kultur habe.

## Die Sozialdemokratie und das Einfamilienhaus.

So oft eine arbeiterfreundliche Idee das Mißfallen und den Widerspruch der Sozialdemokratie erfuhr, ist das noch immer ein Zeichen gewesen, daß sie gesund und tauglich war. Man möchte das für widersinnig und unmöglich halten, da die Sozialdemokratie sich doch in erster Linie berufen hält, die Interessen des arbeitenden Standes wahrzunehmen, und nicht müde wird, das zu versichern. Mit Worten, ja; aber auch mit Thaten? Wenn man die Herren Volksbeglucker daraufhin ansieht, so sagen sie gerade heraus, ihre erste und vornehmste Arbeit sei, das Volk mit den gegenwärtigen Zuständen unzufrieden zu machen und so die soziale Revolution vorzubereiten. Sei die einmal ausgebrochen und siegreich durchgeführt, dann werde ihr blutiges Morgenroth den lichten Tag gebären, welcher Zukunftsstaat heißt, und in diesem werde alsdann genugsam Zeit und Gelegenheit für positive Thaten sein.

Die Sozialdemokratie widersteht sich Allem, was dazu beiträgt, innerhalb der geltenden staatlichen und Rechtsordnung, Volkswohlfahrt und Volksgefittung zu heben. Sie hat das im Großen gethan, als im Reiche der Grundstein zur Arbeitergesetzgebung gelegt wurde, die sich inzwischen von Jahr zu Jahr mehr zu einem stattlichen, wohlgefügteten Bau auswächst. Und sie thut das auch im Kleinen, sobald staatliche und private Fürsorge sich zu einzelnen Maßregeln anschicken, welche die Lage des arbeitenden Standes verbessern.

So ist es der Sozialdemokratie neuerdings ein Dorn im Auge geworden, da sie sehen muß, wie in Stadt und Land Anstrengungen gemacht werden, dem Arbeiterstande gesunde und freundliche Wohnungen zu bieten, so daß auch der Unbemittelte, wenn er Arbeitsamkeit, Spar- und Familienfittung hat, ein eigenes Heim gewinnen kann. Der echte Volksfreund muß bedauern, daß dieser sichere und gute Weg, den Arbeiterstand zu heben, mühselig ist, weil allzuhäufig die Vorbedingungen — Beschaffung von Kapital und billigem Grund und Boden — schwierig zu erreichen sind. Die Sozialdemokratie aber ärgert sich und findet, daß hier längst viel zu viel erreicht sei; aus dem guten Grunde, weil jeder seßhafte Mann, der den Werth der eignen Scholle erkannt hat, dem Einflusse der kollektivistischen Irrlehren von selbst entwächst.

Auf der Jahresversammlung des deutschen Vereins für Gesundheitspflege wurde auch diesmal wieder die Wohnungsfrage behandelt; der sozialdemokratischen Presse ist dabei bange geworden um die Arbeiterkasernen in den Großstädten, und sie macht das nackte Eingeständniß, daß sie diese Massenwohnungen in der That als Kasernen ansieht für die Arbeiterbataillone, die nach dem Hoffen und Gefallen der Agitatoren dereinst unter der rothen Fahne

marschieren sollen. Das Einfamilienhaus — so sagt der Vorwärts — sei eine echte Bourgeoischöpfung für die kleinen Rentiers und — soliden Leute. Ja, solide Leute sind freilich als zielbewußte Proletarier nicht mehr zu brauchen. Das Zusammenwohnen hingegen pflanze die Solidarität in gleich bedrängte Herzen: das heißt auf deutsch, daß die Agitation in den Miethskasernen erleichtert ist. Das sozialdemokratische Blatt ist so cynisch, auszusprechen, die Miethskasernen seien die unvermeidliche Durchgangsstation für die Proletarier, die durch keine Palliativmittelchen wie Bauordnungen abgeschafft werde, bis die Arbeiter so enge und fest zusammengedrängt seien, daß sie eine unüberwindliche Masse bildeten.

Die Männer, welche ihre Thätigkeit der Reform der Arbeiterwohnungen in Stadt und Land widmen, können nicht eindringlicher und überzeugender unterstützt werden, als es wider Willen der „Vorwärts“ mit solch frivolem Urtheil thut. Das sozialdemokratische Blatt meint aber auch sittliche Gründe für die Aufrechterhaltung der Miethskasernen auszuspielen, indem es anführt, daß eine Arbeiterfamilie sehr oft der menschlichen Hilfe der andern bedürfe und daß die Proletarierkinder ihre frühe Verlassenheit im gemeinsamen Hofe gemeinsam leichter tragen lernten. Wer auf dem Dorfe oder in der Kleinstadt aufgewachsen ist und wohnt, weiß sehr wohl, daß nachbarliche Eintracht und Hilfeleistung zwischen Groß und Klein von Hütte zu Hütte und von Haus zu Haus mindestens ebenso im Schwange sind als in den riesigen Zellenbauten der Großstadt. Ja noch weit mehr; denn die häuslichen Reibungen fallen fort, die unvermeidlich sind, wenn mehrere Familien auf gemeinsame Benutzung von Flur und Treppe angewiesen sind, und es im freien, freundlichen Willen liegt, wann und wie weit man miteinander verkehren will.

### „Meldereiter.“

In der heutigen Zeit, bei der ungeheuren Tragweite der Feuerwaffen und dem Operiren mit großen Heeresmassen, muß es die Haupt Sorge der Heeresverwaltung sein, auf Mittel zu sinnen, um unnützen Menschenopfern vorzubeugen. Ein solches Mittel besteht in den sogenannten „Meldereitern“.

Der Name deutet auf den Zweck dieser Einrichtung: die einzelnen Truppentheile, die bei der heutigen großen Ausdehnung der Schlachtfelder oft in fernen Abständen von einander stehen, bedürfen der Vermittelung unter einander und mit dem Befehlshaber durch berittene Mannschaften, die keine andere Aufgabe zu erfüllen haben, als den für die Operationen nothwendigen Meldedienst zu versehen. Schon der große Feldherr Napoleon I. hatte dies erkannt; er umgab sich mit Meldereitern, durch die er stets über den Feind gut unterrichtet war; auch jeder seiner kommandirenden Generale mußte von einer Anzahl Meldereitern umgeben sein, die an den Kaiser oder an die anderen hohen Befehlshaber Meldungen überbrachten. Später artete diese Einrichtung aus, und aus den Meldereitern wurde eine glänzende, persönliche Eskorte, die unter Napoleon III. statt zum Melden zur Begleitung des Kaisers verwandt wurde.

Aber diese fehlerhafte Anwendung einer nützlichen Einrichtung ist kein Beweis gegen den Nutzen der Einrichtung selbst. Ja, heute ist sie viel nothwendiger geworden, als sie es zu den Zeiten Napoleons war. Wenn Napoleon eines Reiters bedurfte, um seinen Willen durchzusetzen, bedarf es jetzt bei der großen Ausdehnung der Schlachtfelder und den großen Abständen der einzelnen Truppentheile von einander mindestens eines halben Duzends. Hätten wir 1870 zeitgemäße Meldereiter gehabt, so wären uns manche schweren Opfer, namentlich in den Kämpfen um Metz erspart geblieben, und auch im Jahre 1866 (10. Juli 1866 im Treffen von Kissingen) hätten wir schwere Verluste, die schon mit einem einzig richtig verwendeten Meldereiter vermieden worden wären.

In den neueren Kriegen in Europa ist überall der Mangel an hinreichenden und geeigneten Meldereitern hervorgetreten, und seit Jahren werden in Rußland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn Versuche gemacht, um diese Einrichtung einzuführen und in zweckmäßiger Weise zu gestalten. Auch bei uns sind bei den letzten Manövern derartige Versuche gemacht worden. Aber es würde nicht genügen, im gegebenen Fall Kavallerieordonnanzen für diesen

Zweck zu verwenden; es ist nöthig, eine vollständige Meldereiter-Organisation in's Leben zu rufen. Bei dem Kavalleristen werden in der Ausbildung und Ausrüstung ganz andere Zwecke verfolgt, als für den Meldereiter geboten ist. Letzterer braucht keine Lanze, keinen Karabiner, — diese Waffen würden ihn nur hindern in der Vernehmung seines Dienstes. Der Kavallerist ist gewohnt, Schwadronsweise zu reiten; der Meldereiter muß als Einzelreiter eingeübt werden; das Pferd eines Meldereiters hat ganz andere Aufgaben wie das in der Schwadron reitende Pferd zu erfüllen. Zu Meldereitern sind besonders fähige und intelligente Leute nöthig, die gutes Gehör, sicheres Auge, leichtes Gemüth haben. Nun mögen in der Kavallerie zahlreich hierzu geeignete Leute vorhanden sein; aber es genügt nicht, sie im gegebenen Fall aus dem Truppenzusammenhang zu nehmen und ihnen dann die besonderen Aufgaben eines Meldereiters anzuvertrauen, vielmehr kommt es auf Errichtung eines Verbandes von Meldereitern an, die in der ganzen Armee nach gleichmäßigen Grundsätzen ausgehoben und schon im Frieden eigens zu diesem Zweck angeleitet, ausgebildet und ausgerüstet werden.

Die deutsche Heeresverwaltung hat sich entschlossen, eine solche Organisation zu schaffen. Der nächstjährige Etat soll zum ersten Mal eine Forderung zunächst für drei „Meldereiterdetachements“ enthalten, die versuchsweise im Bereich des 1., 16. und 17. Armeekorps in der Gesamtstärke von 36 Unteroffizieren, 288 Gemeinen und 324 Pferden in's Leben treten sollen. Da die Präsenzstärke durch das Militärgesetz vom 3. August 1893 festgesetzt ist, kann über diese nicht hinausgegangen werden, vielmehr soll die Kopfzahl der Meldereiterdetachements auf die Infanterie in Anrechnung kommen, so daß es nur der Deckung der Kosten für 324 Pferde und ihre Unterhaltung bedürfen würde.

Diese Forderung ist gewiß bescheiden, aber nach dem Gesagten von großer Tragweite für den Kriegsfall. Unzeitige Sparsamkeit in diesen Punkt würde sich mit unnützen Menschenopfern bitter rächen. Die Ausgabe etwa dadurch auszugleichen, daß man den Präsenzstand der Kavallerie vermindert, wie ein Blatt — natürlich wieder ein freisinniges — vorgeschlagen hat, würde gänzlich verfehlt sein; denn die Kavallerie, die bei der Heeresverfärfkung leer ausgegangen ist, würde dadurch nur geschwächt werden. Unsere Heeresverwaltung hat die Einrichtung als nothwendig erkannt, und Niemand wird die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß sie gehindert wird, etwas, was sie als nothwendig erkannt hat und auch von anderen Heeresverwaltungen in's Leben gerufen wird, zu verwirklichen.

### Politische Tagesfragen.

#### Zur bevorstehenden Fahnenweihe.

Es ist bereits mitgetheilt worden, daß am 17. und 18. Oktober dieses Jahres die Nagelung beziehungsweise Weihe der für die neu errichteten vierten Bataillone bestimmten Fahnen in besonders feierlicher Weise stattfinden wird: Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät soll diese Feier genau in dem Rahmen gehalten werden, wie jene im Jahre 1861, als es sich ebenfalls um die Nagelung und Weihe einer größeren Anzahl von neuen Fahnen und Standarten handelte. Damals schlug König Wilhelm I. den ersten Nagel im Namen des Hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. in jede Fahne und Standarte ein, „da von ihm den Truppentheilen die neuen Ehrenzeichen nur im Namen des Hochseligen Königs verliehen worden seien.“ König Wilhelm I. forderte ferner in jedem Zimmer die Deputationen, bevor diese abmarschirten, auf, des ihm vor wenigen Tagen geleisteten Eides eingedenk zu sein; Er wisse, daß sie zu den verliehenen Fahnen stehen und für sie eintreten würden mit Ehre und Blut und Leben. Nach der Annagelung ließ der König die alten Gardefahnen senken und schlang eigenhändig das neue Fahnenband mit Schwertern um dieselben. Schließlich ließ der König sich die einzelnen Deputationen vorstellen und sprach mit jedem einzelnen Mitglied derselben.

Die feierliche Einweihung der am 17. Januar 1861 genagelten Fahnen und Standarten fand Tags darauf, am 18. Januar, dem Krönungstage, vor dem Denkmal Friedrich des Großen statt, wie dies auch am 18. Oktober dieses Jahres der Fall sein soll. Es mag noch erwähnt sein, daß bei der Feier am 18. Januar 1861 der damalige Kronprinz Friedrich Wilhelm auch seinen, kaum zweijährigen Sohn, den Prinzen Wilhelm von Preußen, den jetzt regierenden Kaiser und König Wilhelm II. mitgebracht hatte, welcher also schon damals, in frühester Jugend, Zeuge dieser erhebenden Feier gewesen ist.

## Die deutsche Marine in den ostasiatischen Gewässern.

Die neueren Nachrichten vom ostasiatischen Kriegsschauplatz rücken die Gefahr vor's Auge, daß mit dem Ausbruch innerer Unruhen in China Leben und Eigenthum der zahlreichen fremden Kolonien schwer bedroht wird. Zu Beginn der ostasiatischen Wirren war die deutsche Seemacht in den dortigen Gewässern nur durch S. M. Kanonenboote „Itis“ und „Wolf“ vertreten. Da dieser Schutz nach Lage der dortigen deutschen Interessen und gegenüber der Schwere der drohenden Verwickelungen unzureichend erscheinen mußte, erhielten sofort S. M. Kreuzer 3. Klasse „Alexandrine“, „Arkona“ und „Marie“ Befehl, sich von den süd-amerikanischen Gewässern nach den ostasiatischen zu begeben. Sie sind inzwischen in Yokohama eingetroffen und am 4. d. M. nach dem Golf von Petchili abgegangen. Außerdem sollen noch S. M. Kreuzer 4. Klasse „Kormoran“ und S. M. Kreuzer 2. Klasse „Trene“ hinausgehen, an deren Indienststellung zur Zeit gearbeitet wird.

Die Aufgabe, welche das vereinigte Geschwader zu erfüllen hat, ist nicht leicht. Unter den fremden Elementen nimmt der Zahl nach das deutsche nach dem englischen die zweite Stelle ein, und es ist nicht nur über eine Reihe von Küstenplätzen verstreut, sondern wohnt zum Theile an Orten, die außerhalb des Bereiches eines vom Wasser her auszuübenden Schutzes liegen. Wir dürfen aber hoffen, daß das möglichst schnelle Aufgebot der verfügbaren Kräfte unserer Marine zur erfolgreichen Wahrung des deutschen Ansehens und der deutschen Interessen genügen werde.

## Der Verlauf des Berliner Bierboikotts

zeigt immer mehr, daß die anfänglich sehr großen Siegeshoffnungen der sozialdemokratischen Parteileiter recht sehr zusammengeschrumpft sind, und daß die sozialdemokratische Parteileitung nunmehr bestrebt ist, den Boykott, wenn irgend möglich keizulegen. Dies zeigte sich auch in einer Versammlung der ausgesperrten Brauereiarbeiter und Böttcher, die am Freitag tagte. Nach heftigen Angriffen auf die Boykottkommission, die unter allen Umständen auf die Wiedereinstellung sämtlicher Aussperrten und auf Anerkennung des Arbeitsnachweises, wie dieser von den ring-freien Brauereien zugestanden worden, hätte bestehen müssen, wurde ein Beschluß, in dem die Aussperrten erklären, auf jede fernere Unterstützung zu verzichten, ehe sie von der bedingungslosen Wiedereinstellung der Aussperrten und Anerkennung des Arbeitsnachweises, wie er mit den ring-freien Brauereien vereinbart worden sei, abließen, mit schwacher Mehrheit angenommen. Darauf bemerkte dann das Mitglied der Kommission, der den Bericht über die Lage der Aussperrten geben sollte, er könne sich nunmehr kurz fassen: Durch Annahme des Beschlusses habe die Versammlung erklärt, daß sie auf jede fernere Unterstützung verzichte. Die vorhandenen Geldmittel reichten noch ungefähr auf 14 Tage zur Unterstützung aus; die Aussperrten, die neben den Beschluß gefaßt, möchten sich deshalb recht schnell nach anderer Beschäftigung umsehen. Die Versammelten gingen darauf in trüber Stimmung auseinander.

## Vom Weltpostverein.

Mit dem 9. Oktober sind zwanzig Jahre verflossen, seit der Grund zum Weltpostverein gelegt wurde durch den in Bern am 9. Oktober 1874 erfolgten Abschluß des allgemeinen Postvertrages. Alle Staaten Europas, ferner die Vereinigten Staaten von Amerika und Egypten, im Ganzen 22 Länder mit einem Flächenraum von rund 37 Millionen Quadratkilometern und 350 Millionen Bewohnern, traten damals zusammen, um für den internationalen Briefverkehr fortan ein gemeinsames Postgebiet mit einheitlichen Brieffaxen zu bilden. Die natürliche Anziehungskraft des in dem Verein verkörperten Gedankens führte dem Verein in rascher unaufhaltbarer Folge zahlreiche neue Mitglieder aus der Zahl der überseeischen Länder zu. Schon bei dem ersten, im Jahre 1878 in Paris abgehaltenen Vereinskongreß sah der Verein seine Beziehungen auf Gebiete aller Welttheile ausgedehnt; um diesem Verhältnisse auch äußerlich Rechnung zu tragen, nahm er hinfort die Bezeichnung „Weltpostverein“ an. Gegenwärtig umfaßt der Verein ein Gesamtpostgebiet von 98 484 348 Quadratkilometern mit über einer Milliarde Bewohnern.

Angeichts des Gedenktages ist es erfreulich, feststellen zu können, daß der Verein in Bezug auf die räumliche Ausdehnung an seinem Endziele, sämtliche Kulturvölker der Welt mit eigenem Postwesen in sich aufzunehmen, nunmehr angelangt ist. Zwar fehlen in seinem Ver-bande zur Stunde noch die Kapkolonie nebst Britisch-Betschuanaland und Oranje-Freistaat. Allein es sind anlässlich des Gedenktages bereits Nachrichten von Kapstadt eingelaufen, welche an dem Entschlusse der Kapkolonie, vom 1. Januar 1895 ab dem Verein beizutreten, sowie auch an der Wahrscheinlichkeit, daß Britisch-Betschuanaland und Oranje-Freistaat diesem Schritte alsbald folgen werden, keinen Zweifel mehr lassen.

Gleich günstig wie dieses äußere Wachstum ist auch die innere Entwicklung des Vereins in der verhältnißmäßig kurzen Frist von 20 Jahren. Im Anfange auf den Briefpostdienst beschränkt, hat der

Verein nach und nach den Werthbrief-, den Postanweisungs- und Postauftrags-, wie den Postpaket-Verkehr, endlich den Zeitungsvermittlungsdienst in seinen Wirkungskreis einbezogen.

Um eine Vorstellung von dem Verkehrsaufschwung, bei welchem der Einfluß der Weltposteinrichtung wesentlich mit betheilt ist, zu geben, mögen folgende Zahlen erwähnt werden. Der gesammte Postverkehr, welcher für das Jahr 1873 in den heute zum Weltpostverein gehörigen Ländern auf rund 3 300 Millionen Sendungen geschätzt wurde, ist bis 1892 auf 18 000 Millionen Sendungen jährlich, also auf 50 Millionen täglich gestiegen. Unter jenen 18 Milliarden befinden sich rund 8 000 Millionen Briefe, 2 000 Millionen Postkarten, 7 300 Millionen Drucksachen und Waarenproben, 260 Millionen Postanweisungen über 12 Milliarden Mark, 330 Millionen Pakete, 65 Millionen Werthsendungen und 45 Millionen Postauftrags- und Nachnahmesendungen. Die Zahl der Postanstalten ist von 85 443 auf 197 914 gestiegen, und an Werthen, soweit solche auf den Sendungen angegeben sind, vermittelt die Post jährlich mehr als 70 Milliarden Mark.

## Volks- und Landwirthschaftliches.

### Landwirthschaftskammern.

Der landwirthschaftliche Verein zu Pless hat zu der Absicht, eine Landwirthschaftskammer für Schlesien zu errichten, durch folgenden, in mehrfacher Hinsicht bemerkenswerthen Beschluß Stellung genommen:

„1. Die Errichtung einer Landwirthschaftskammer für den Umfang der Provinz Schlesien, mit dem Sitze in Breslau, in Gemäßheit des Gesetzes vom 30. Juni 1894, wird befürwortet.

2. Das passive Wahlrecht ist denjenigen Eigenthümern, Nutznießern und Pächtern landwirthschaftlicher Grundstücke zuzusprechen, deren jährlicher Grundsteuer-Reinertrag mindestens 100 Mark beträgt.

3. Die Bildung vereinigter Wahlbezirke empfiehlt sich nicht, da die vereinigten Kreistage einen zu schwerfälligen Wahlkörper bilden würden, und in den vereinigten Wahlbezirken doch thatsächlich eine entsprechende Vertheilung der Mitglieder der Landwirthschaftskammern auf die einzelnen Kreise erfolgen würde. — Ebenso wenig erscheint es empfehlenswerth, die Stadtkreise mit einander oder mit benachbarten Landkreisen zu einem Wahlbezirke zu vereinigen. Es ist demgemäß auch zur Vermeidung einer zu großen Mitgliederzahl der Landwirthschaftskammern — da eventuell bei Bewilligung von zwei Mitgliedern an die räumlich kleinsten Kreise eine entsprechende Erhöhung der Mitglieder der größeren Kreise nothwendig würde — abgesehen, von der Regel, daß in jedem Wahlbezirke zwei Mitglieder zu wählen sind, abzusehen. Es wird empfohlen, daß jeder Land- und Stadtkreis zunächst ein Mitglied, und diejenigen Landkreise zwei Mitglieder zu wählen haben, deren Flächeninhalt 75 000 Hektar übersteigt.

4. Die Ueberweisung der Anstalten und des Vermögens u. s. w. des Zentralvereins an die zu bildende Landwirthschaftskammer wird befürwortet. Es ist erwünscht, daß das gegenwärtige Verhältniß der Lokalvereine zum Zentralverein demnächst auch den Landwirthschaftskammern gegenüber mit der Maßgabe bestehen bleibt, daß Beiträge seitens der Lokalvereine an die Landwirthschaftskammern nicht mehr zu leisten sind.“

### Zwangsversteigerungen von Grundstücken 1893.

Nach der vom Justizministerium veröffentlichten amtlichen Zusammenstellung der im Jahre 1893 beendigten Zwangsversteigerung von Grundstücken ergibt sich gegen das Vorjahr eine Zunahme um 364. Es wurden nämlich im Jahre 1893 10 917 Zwangsversteigerungen beendigt, gegen 10 553 im Jahre 1892, 8 707 im Jahre 1891, 8 720 im Jahre 1890, 9 235 im Jahre 1889, 10 050 im Jahre 1888, 10 233 im Jahre 1887. Am stärksten ist an der Zunahme betheiltigt der Kammergerichtsbezirk mit 238; dann folgt Köln mit 149 Zwangsversteigerungen mehr, weiterhin folgen die Oberlandesgerichtsbezirke Frankfurt a. M., Celle, Stettin, Kiel, Naumburg, Jena, schließlich Hamm mit 27 Zwangsversteigerungen mehr. Abgenommen hat die Zahl der Zwangsversteigerungen gegen das Vorjahr vorwiegend in den östlichen Oberlandesgerichtsbezirken: in Königsberg um 85, Posen um 41, Marienburg um 29, Breslau um 27, dann folgt Kassel mit einer Abnahme von 2 Zwangsversteigerungen. Unter den 10 917 versteigerten Grundstücken waren 4 381 land- und forstwirtschaftliche; im Vorjahr betrug die Ziffer 4 908; während die Gesamtzahl der Versteigerungen zugenommen, hat die Zahl der Versteigerungen von ländlichem Besitz abgenommen. Der Flächeninhalt der versteigerten Grundstücke dagegen ist gestiegen; im Jahre 1893 sind 94 250 Hektar versteigert worden, gegen 91 346 im Jahre 1892 und 87 201 Hektar 1891. Die größte Zunahme zeigt der Bezirk Marienwerder mit 17 328 Hektar, gegen 15 008 im Jahre 1892. Zugenommen hat sonst noch der Flächeninhalt der Versteigerungen im Kammergerichtsbezirk sowie in den Bezirken Frankfurt a. M., Hamm und Kiel, abgenommen vor Allem in Schlesien und Pommern.

### Städtische Knaben-Handarbeitschule in Bonn.

Der Unterricht in Knabenhandarbeit, der in Bonn im Januar 1890 eingerichtet wurde, ist nach dem Bericht der dortigen Handelskammer im Jahre 1893 in 3 Abtheilungen mit gutem Erfolge fortgesetzt worden und zwar in Papparbeit, in Holz-(Kerb-)Schnitzerei und in Hobelbank-Arbeiten. An dem Unterricht in Papparbeit nahmen 20 Schüler, an demjenigen im Kerbschnitt 18 Knaben und an demjenigen in Hobelbank- und anderen kleinen Holzarbeiten 12 Schüler Theil. In der Abtheilung für Hobelbankarbeit, sowie in der für Kerbschnitt zeichneten sich besonders diejenigen Knaben aus, die bereits den Kursus in Papparbeit vollendet hatten. Der Besuch in allen drei Abtheilungen war regelmäßig, so daß Zweck und Ziel des Unterrichts durch die Lust und Liebe, mit der die Knaben arbeiteten, vollständig erreicht, insbesondere aber auch der erzieherische Einfluß des Unterrichts bei den einzelnen Schülern wahrgenommen wurde. An der Anstalt unterrichteten drei Volksschullehrer im Nebenamte. Zwei von diesen erlernten in Köln in 2 Kursen die Papparbeit und die Kerbschnitzerei. Der dritte Lehrer machte ebenfalls in Köln den Kursus für Papparbeit mit und besuchte dann zweimal für Rechnung der Stadt die Lehrer-Bildungs-Anstalt für Knaben-Handarbeit in Leipzig, wo er die Befähigung zum Ertheilen des Unterrichts in Papp-, Hobelbank- und Metallarbeit erlangte. Die Kosten der Knaben-Handarbeitschule, bestehend in den Gehältern der Lehrer sowie in den Auslagen für kleinere Anschaffungen, bezifferten sich auf: 1 060 Mark im Jahre 1891/92, auf 1 033 Mark im Jahre 1892/93 und auf 1 070 Mark im Jahre 1893/94.

### Sozialpolitisches.

#### Präsident Bödiker über die Arbeiterversicherung.

Eine bedeutsame Rede hat auf dem Internationalen Kongreß für Arbeiterversicherung in Mailand der Präsident des deutschen Versicherungsamtes Herr Dr. Bödiker gehalten; nach einem Berichte der „Köln. Volksztg.“ war ihr Gedankengang folgender: Gern habe man die Pilgerfahrt in dieses Land alter Kultur, die von hier aus ihren Weg nach dem übrigen Europa genommen habe, angetreten, um an einer eminenten Kulturarbeit mit thätig zu sein. Er beglückwünsche die Stadt und das Land, das auf dem Gebiete der Rechts- und Staatswissenschaften bahnbrechend war, das dem modernen Verkehrs-, Handels- und Wechselrecht die Formen gab und auf dem Felde der höchsten Kunst- und Gewerbe-Thätigkeit jahrhundertlang unübertroffen dastand, zu dem Entschlusse, die alle Welt bewegende Frage der Arbeiterversicherung auf seine Fahne zu schreiben. Wenn man die Ausbreitung und Ausartung verderblicher Lehren hindern wolle, müsse man dem, was Richtiges in ihnen sei, zum Siege verhelfen, den guten Kern herauschälen, das Andere bekämpfen oder absterben lassen. Deutschland habe auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge diesen Weg muthig betreten, so daß jetzt bereits, wo anderswo noch immer berathen und überlegt würde, werktätlich durchschnittlich eine Million Franks für die Arbeiter aufgebracht würde. Wer schwimmen lernen wolle, müsse ins Wasser gehen. Die anwesenden Deutschen seien gern bereit, auf Grund ihrer Uebung und Erfahrung nähere Unterweisung zu geben, man möge nur getrost folgen und ans Werk gehen. Er hoffe fest, daß die Arbeiterversicherung sich verallgemeinern werde und zum Wohle des Ganzen und zum Besten der Arbeiter, die unsere Brüder sind.

#### Jugend- und Volksspiele.

Am 6. und 7. Oktober waren in Leipzig der Vorstand vom Deutschen Zentralausschuß für Jugend- und Volksspiele und der technische Ausschuß desselben versammelt. Es wurde beschlossen, eine kurz gehaltene Schrift unter dem Titel „Allgemein unterrichtende Mittheilungen“ herauszugeben, um jeden neu in die Bewegung Eintretenden mit den leitenden Gedanken bekannt zu machen. Dann wurde beschlossen, Wanderredner für die Bewegung wirken zu lassen. Auch im Jahre 1895 sollen wiederum kostenfreie Kurse zur Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen eingerichtet werden. Als solche Orte wurden vorerst in Aussicht genommen: Berlin, Braunschweig, Breslau, Frankfurt a. M., Barmen, Bonn, Görlitz, Hadersleben, Karlsruhe, Königsberg i. Pr., Magdeburg, München, Osnabrück, Posen, Rendsburg und Stuttgart. Nachdem die Termine dieser Kurse festgestellt sein werden, soll die Veröffentlichung in der Presse und bei den Behörden folgen. Die Ausgaben des Zentralausschusses beliefen sich 1894 bis jetzt auf etwa 5 200 Mark. Sodann trat der Vorstand angesichts des guten Ergebnisses seines Vorgehens bei der Berliner Universität 1894 in eine eingehende Berathung der Frage, wie die deutsche Studentenschaft allgemein zur Mitarbeit an der vaterländischen Aufgabe des Zentralausschusses zu gewinnen sei? Der Plan wurde im Einzelnen festgestellt. Weiter folgte die Besprechung der Ausschreibung einer Preisfrage: „Wie

sind die öffentlichen Feste des deutschen Volkes zeitgemäß zu reformiren und zu wahren Volksfesten zu gestalten?“ Die Ausschreibung wurde beschlossen, die näheren Bedingungen sollen nach vorheriger Berathung mit dem Zentralausschuß demnächst veröffentlicht werden. Zum Ort der nächsten Sitzung des Zentralausschusses, verbunden mit öffentlicher Versammlung im Juni nächsten Jahres wurde Magdeburg bestimmt.

#### Bonner gemeinnützige Aktien-Baugesellschaft.

In Bonn besteht eine gemeinnützige Aktien-Baugesellschaft, die auf eine gedeihliche Thätigkeit im Jahre 1893 zurückblicken kann. Nach dem Jahresbericht der Gesellschaft waren im Jahre 1893 sämtliche Wohnungen stets vermietet, mit Ausnahme einer einzigen, die vorübergehend leer stand. Mieth-Rückstände kamen nicht vor. Die Einnahmen für Miethen betragen 17 111 Mark, die Ausgaben für Steuern und Erneuerungen an den Gebäuden 4 680 Mark. Verkauft wurden im Berichtsjahre drei Häuser, und zwar je eins für 12 600 Mark (bei 1 200 Mark Anzahlung), für 12 500 Mark (bei 1 500 Mark Anzahlung) und für 12 300 Mark (bei 1 500 Mark Anzahlung). Verhandlungen schweben zur Zeit wegen Verkaufes eines Hauses zu 24 000 Mark (bei 2 000 Mark Anzahlung) und eines solchen zu 15 000 Mark (bei 2 000 Mark Anzahlung). Der Werth der Grundstücke der Gesellschaft belief sich Ende des Jahres auf 336 103 Mark. Das Aktienkapital beträgt 300 000 Mark, die Hypothekenschulden 72 000 Mark, während an Rücklagen 29 100 Mark vorhanden sind. Der Geschäftsgewinn für das Jahr 1893 belief sich auf 8 135 Mark (gegen 8 422 Mark im Vorjahre), sodaß eine Dividende von 3 v. H., wie im Vorjahre, auf das thatsächlich eingezahlte Aktienkapital von 263 700 Mark vertheilt werden konnte.

### Statistisches.

#### Bewegung der Bevölkerung des preussischen Staates im Jahre 1893.

Nach den vom königlichen statistischen Bureau mitgetheilten Zahlen betrug im Jahre 1893 in Preußen die Zahl der Geburten überhaupt 1 195 273 gegen 1 143 904 im Jahre 1892 und 1 177 209 im Jahre 1891. Darunter waren 615 024 Knaben und 580 269 Mädchen. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 1 156 250, darunter 87 998 unehelich Geborene. Todtgeborene waren 39 043, darunter 34 949 ehelich und 4 094 unehelich Geborene.

Eheschließungen fanden im Jahre 1893 248 348 statt gegen 245 447 im Jahre 1892 und 245 906 im Jahre 1891. Darunter waren Ehen von Geschwisterkindern 1 262, von Oheim und Nichte 85, von Nefte und Tante 18. Gestorben sind im Jahre 1893 785 520 Personen (einschließlich der 39 043 Todtgeborenen) gegen 752 055 im Jahre 1892 und 728 463 im Jahre 1891. Unter den Gestorbenen waren 407 650 männlichen und 377 870 weiblichen Geschlechts.

#### Das Offizierkorps des Beurlaubtenstandes.

Nach der soeben erschienenen „Anciennetätsliste der sämtlichen Offiziere des Beurlaubtenstandes des deutschen Reichsheeres“ zählte das letztere am 15. August 1894: 3 Majors, 467 Hauptleute und Rittmeister, 1 946 Premier- und 8 139 Sekondlieutenants, zusammen 10 555 Offiziere der Reserve, und 1 Oberst, 3 Oberstlieutenants, 23 Majors, 1 673 Hauptleute und Rittmeister, 4 577 Premier- und 3 976 Sekondlieutenants, zusammen 10 242 Offiziere der Landwehr. Es ergibt dies für das deutsche Reichsheer insgesammt 20 797 Offiziere des Beurlaubtenstandes, während das stehende Heer zirka 21 100 Offiziere zählt.

### Personalien.

Der Regierungs-Assessor Dr. jur. Anschütz zu Wittenberg ist der königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin zur dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Der Regierungs-Assessor Schütze zu Flensburg ist der königlichen Regierung zu Koblenz zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Der neuernannte Regierungs-Assessor Freiherr von Lettau ist bis auf Weiteres dem Landrathe des Kreises Lyck, Reg.-Bez. Gumbinnen, zur Hülfeleistung in den landrätlichen Geschäften zugetheilt worden.

Der neuernannte Regierungs-Assessor Trüstedt ist bis auf Weiteres dem Landrathe des Kreises Berent, Reg.-Bez. Danzig, zur Hülfeleistung in den landrätlichen Geschäften zugetheilt worden.